Diakonie
Mitteldeutschland

EVANGELISCHE KIRCHE
IN MITTELDEUTSCHLAND

WAS WÄRE, WENN ...?

Sozialpolitik: Positionen der AfD und der Diakonie im Vergleich

Handreichung zur Argumentation, 2026

WAS WÄRE, WENN ...?

Sozialpolitik: Positionen der AfD und der Diakonie im Vergleich

Handreichung zur Argumentation, 2026

Inhalt

Argumentationsweisen der AfD	6
Migration, Asylrecht, Staatsangehörigkeit, Integration in den Arbeitsmarkt	8
Europapolitik	14
Schule, Bildung und Inklusion	17
Gesundheit und Pflege	21
Kirche, Kultur und Identität	22
Familie, Frauen und Gleichstellung	24
Löhne, Rente und Steuern	26
Klima- und Umweltschutz	28

Quellen

Die Aussagen der Partei AfD und einzelner verantwortlicher Personen in der AfD, die in dieser Broschüre erwähnt oder zitiert werden, entstammen durchweg überprüfbaren und öffentlich zugänglichen Quellen (siehe S. 30 und folgende).

Gesichtet wurden der Entwurf des „Regierungsprogramms“ der AfD für die Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026, das Grundsatzprogramm der AfD 2016, das Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, das Europawahlprogramm 2024 und das Programm der AfD Anhalt-Bitterfeld zur Kommunalwahl 2024. Darüber hinaus wurden Anträge und Änderungsanträge im Landtag Sachsen-Anhalts und des Bundestages durch die AfD geprüft. Es wurden dazu vereinzelt Reden und Interviews einzelner AfD-Politiker auf Bundes- und Landesebene ausgewertet. Hinzu kommen Presse- und Social-Media Beiträge sowie wissenschaftliche Untersuchungen.

Die Zusage der Bibel, dass die Menschen einmalig und als ‚Ebenbilder Gottes' geschaffen sind, schreibt jeder und jedem Einzelnen einen unvergleichlichen Wert und höchste Würde zu. Ausgrenzung, Benachteiligung und Diskriminierung stellen die Würde von Menschen in Frage. Wir stehen dafür ein, den Wert jedes Menschen zu würdigen und Inklusion und Gleichberechtigung zu leben. Wir streben danach, Menschen zu selbstbestimmtem Leben zu befähigen. Wir begegnen allen Menschen mit Respekt, Wertschätzung und Freundlichkeit.

(Leitbild Diakonie Mitteldeutschland)

Menschen haben in aller Vielfalt eine unveräußerliche, aber auch verletzbare Würde. Sie zu schützen ist unsere Aufgabe in Kirche und ihrer Diakonie. Damit wenden wir uns gegen jede Vorstellung und jedes Denken, Menschen könnten in irgendeiner Weise gewertet werden. Ein solches Denken ist ein Angriff auf die Würde jedes einzelnen Menschen.

Die Bibel zeigt uns die besondere Option Gottes für die Menschen, die aus dem Leben in der Gemeinschaft ausgegrenzt werden und Unterstützung benötigen. Im Alten Testament wird wiederholt darauf verwiesen, Migranten, Witwen, Frauen, Waisen und arme Menschen wahrzunehmen und zu unterstützen.[1] In Jesu Leben und Reden wird die besondere Zuwendung Gottes zu Menschen, die aufgrund von Erkrankung, Behinderung, Herkunft, Kultur, Sprache oder Religion am Rande der Gesellschaft leben müssen, deutlich. Jesus hat diese Menschen in den Blick genommen. Sie haben sich als wahrgenommen erlebt und Gottes Zuwendung heilsam erlebt.[2] Diese besondere Option Gottes ist uns in Kirche und Diakonie Auftrag, jeder Form der Exklusion, der Abwertung und Diffamierung von Menschen entgegenzutreten und mit unserem diakonischen Handeln die Inklusion in die Gesellschaft und eine unbehinderte Teilhabe an einem würdevollen Leben in der Gemeinschaft zu fördern. Mit großer Sorge sehen wir, dass durch populistische und rechtsextreme Parteien die Gleichwertigkeit aller Menschen und die gesellschaftliche Inklusion gefährdet ist.

Unsere offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft ermöglicht viele Formen der Teilhabe aller Menschen.

Der Sozialstaat sichert Menschen in vielen Krisensituationen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung zu.

Artikel 1 des Grundgesetzes stellt die Wahrung der Würde jedes einzelnen Menschen an die erste Stelle und verpflichtet den Staat bestmöglich für die Wahrung dieser Würde einzutreten. Wir sehen die Stärkung der offenen, demokratischen und vielfältigen Gesellschaft als den besten Weg an, um das vielfältige individuelle und gemeinschaftliche Leben aller Menschen zu ermöglichen. Dazu bedarf es einer Kultur des freundlichen Umgangs miteinander, der Akzeptanz verschiedener Lebensentwürfe und Kulturen. Wir betrachten Vielfalt als einen gesellschaftlichen Reichtum.

Die Diakonie Mitteldeutschland schließt sich dem Appell „Herz statt Hetze“, dem Wort des Landeskirchenrates der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland zum Wahljahr 2026 an:

Im Grundsatzprogramm der AfD, in Wahl programmen, in Änderungsanträgen der Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, vor allem aber in vielen Äußerungen der Parteispitze finden sich widersprüchliche und in ihrer Gesamtheit für unsere Gesellschaft schädliche Positionen und Forderungen. Die meisten Wähler der

In diesen Tagen werden demokratische Prozesse und Institutionen angezweifelt, verächtlich gemacht und unterhöhlt. Populistische, rechtsextremistische und antisemitische Positionen werden zunehmend gesellschaftsfähig. Misstrauen, Hass und Hetze treiben unsere Gesellschaft auseinander. Viele Menschen sind verunsichert und haben Angst vor dem, was kommt. Das darf uns nicht dazu bringen, uns von populistischen Aussagen und scheinbar einfachen Lösungen verführen zu lassen.

Christinnen und Christen glauben an die von Gott gegebene Gleichwertigkeit aller Menschen und die unveräußerliche Würde jedes Menschen. In der Nachfolge Jesu setzen wir uns darum besonders für benachteiligte, arme, fremde und geflüchtete Menschen ein.

Unter dem Motto „Herz statt Hetze“ engagieren wir uns für eine offene und vielfältige Gesellschaft, in der jeder Mensch ohne Angst leben kann. Wir sind mit der katholischen Kirche einig: Die Positionen extremistischer Parteien wie der AfD können wir nicht akzeptieren. Sie sind mit christlichen Werten und mit der Verfassung unserer Kirche nicht vereinbar.

Beschlossen vom Landeskirchenrat, Dezember 2025

(www.ekmd.de)

AfD wären von den geplanten Maßnahmen der AfD bezüglich Wirtschaft, Teilhabe und sozialer Sicherung am stärksten von indirekten und direkten negativen Folgen betroffen.[3] Viele Ansichten sind nicht nur diskriminierend und abwertend gegenüber Menschengruppen, sie schaden den deutschen Wirtschaftsinteressen und der Stellung Deutschlands in der Welt. Ein weltoffenes, wirtschaftlich und sozial erfolgreiches Land mit der Menschenwürde im Mittelpunkt ist mit den Positionen der AfD nicht vereinbar.

Der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt ist seit November 2023 als gesichert rechtsextremistische Bestrebung vom Landesamt für Verfassungsschutz eingestuft. Anklänge an nationalsozialistische Rituale spielen in der politischen Kultur der AfD eine zentrale Rolle. Auch in Teilen des „Regierungsprogramm"-Entwurfs sind völkisch-nationale Sprache und menschenfeindliche Vorstellungen gut erkennbar. Kombiniert werden sie mit heute populären Symbolen. Der Populismus hat bei der AfD die Funktion, extreme Absichten zu verschleiern und indirekt anschlussfähig zu machen. In der gesamten Breite betrachtet, ist der Entwurf des „Regierungsprogramms" der AfD in Sachsen-Anhalt ein ausbuchstabierter Plan der Radikalisierung und Spaltung unserer Gesellschaft.

Diese Broschüre schließt an unsere „Grundsätze und Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der AfD" aus dem Jahr 2023 und den Text „Was wäre, wenn …?" zur Landtagswahl in Thüringen 2024 an und kann als Grundlage für inhaltliche Diskussionen und Gespräche dienen. Sie hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie bezieht sich in der

Diakonie-Positionen sind in diesem Heft farblich hinterlegt, Hinweise zu Dialogformaten und **Empfehlungen zur Gesprächsführung** sind grafisch hervorgehoben.

Auswertung von Quellen auf den Stand Februar 2026. Das Heft soll Informationen bieten und zu einem Dialog in Kirche und Diakonie befähigen. Mit Herz, Freundlichkeit und Offenheit, auch bei kontroversen Perspektiven – miteinander reden stärkt unsere Gemeinschaft und unsere Gesellschaft. Hinweise zu Dialogformaten und Empfehlungen zur Gesprächsführung sind in diesem Heft grafisch hervorgehoben.

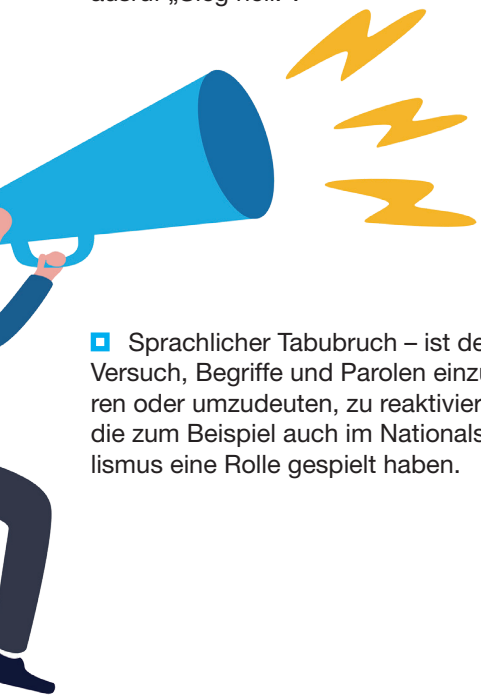
Sachlichkeit: Nicht provozieren lassen. Ruhig bleiben und nicht in moralisierende Entrüstung geraten.

Nicht belehren und andere nicht abkanzeln!

Argumentationsweisen der AfD

Die AfD stellt die demokratischen Grundrechte in Frage und prägt den öffentlichen Diskurs mit menschenfeindlichen Äußerungen. Dazu nutzt sie Kommunikationsstrategien der Enttabuisierung und Verunsicherung, die auch von anderen rechten Akteuren verwendet werden. Die Verbreitung von Begriffen wie „Asylindustrie“ und „Lügenpresse“ polarisieren politische Debatten und inszenieren Ängste und Bedrohungen. Die AfD stellt den öffentlichen Diskurs durch Provokationen in Frage, verdreht wissenschaftliche Fakten und reduziert komplexe Sachverhalte auf ein einfaches „Freund-Feind“-Schema. Sie nutzt konfrontative Gegenüberstellungen eines „Wir gegen die Anderen“ und verfolgt damit eine Verleumdung anderer etablierter Parteien und politisch Andersdenkender. Mit diesen Strategien werden Begriffe wie „Migration“ oder „Sozialpolitik“ aus ihrem Kontext gerissen und mit Feindbildern aufgeladen.

- Ausbildung einer kollektiven Identität – „Wir gegen die“ ist der Klassiker bei allen Rechtspopulisten weltweit. Komplexe Sachverhalte werden auf einfache Freund-Feind-Bilder reduziert.
- Herstellung einer extremen Polarisierung im öffentlichen Diskurs – Klimaschutz wird zum Kulturkampf, Migration zur „Umvolkung“.[4]
- Kalkulierte Provokation – Der AfD-Spitzenkandidat in Sachsen-Anhalt Ulrich Siegmund wird bei Bühnenauftritten von dem Moderationsruf „Sieg“ begleitet, um als Antwort im Publikum „-mund!“ rufen zu lassen. Ein Beispiel für den provokativen Bezug zum nationalsozialistischen Massenausruf „Sieg heil!“.



- Sprachlicher Tabubruch – ist der Versuch, Begriffe und Parolen einzuführen oder umzudeuten, zu reaktivieren, die zum Beispiel auch im Nationalsozialismus eine Rolle gespielt haben.
- Verleumdung etablierter journalistischer Medien – ein „Links-ideologisches Pressekartell“ ist für den Staat und die „Altparteien“ tätig („Lügenpresse“).
- Täter-Opfer-Umkehr –Tatsachen werden so umgedreht, dass plötzlich die Medien oder andere Schuld tragen, zum Beispiel bei „Correktiv“-Veröffentlichungen zum „Geheimtreffen“ 2024 in Potsdam.[5]
- De- und Rekontextualisierung – bedeutet: Themen werden aus ihrem ursprünglichen Kontext herausgenommen und durch Verknüpfung mit anderen politischen, sozialen oder kulturellen Fragen neu verortet.
- Selbstverharmlosung – „Deutschland. Aber normal“. So lautete beispielsweise der Slogan der AfD bei der vergangenen Bundestagswahl 2021. Der Begriff „normal“ soll dabei Maß und Mitte signalisieren und das radikale Programm kaschieren.

Abgrenzen und Handeln:
Wenn menschenfeindliche oder rassistische Sprüche kommen, sagen Sie höflich und klar: „Es ist nicht in Ordnung für mich, was du sagst. Es ist menschenfeindlich.“ Auch bei abwertenden Begriffen intervenieren und richtigstellen.

Migration, Asylrecht, Staatsangehörigkeit, Integration in den Arbeitsmarkt

Im Bereich Zuwanderung und Asyl benennt die AfD mit dem aus dem rechtsextremen Milieu stammenden Begriff „Remigration“ das Ziel ihrer Politik. Der Terminus schafft es im zweiten Kapitel in die Überschrift. Im Grunde kreist das gesamte Wahlprogramm darum. Gefordert wird in diesem Bereich eine „Kehrtwende um 180 Grad“.[6] Eine „Remigrationsoffensive“[7] soll gestartet und die „kulturfremde und inländerfeindliche Massenmigration“ beendet werden.[8] Remigration soll zentral mit einer Stabsstelle und einem „Remigrationsbeauftragten“ in der Staatskanzlei angesiedelt sein.

Die Debatte um den Begriff „Remigration“ nach dem Potsdamer Treffen im November 2023, an dem neben Ulrich Sigmund auch andere AfD-Vertreter teilgenommen haben, hat gezeigt, dass Remigration mehr bedeuten kann als die Ausweisung Ausreisepflichtiger. Auch andere Migrantengruppen bis hin zu „nicht-assimilierten Staatsbürgern“ werden in der Diskussion benannt.[9] Die Frage, was kulturfremde Migration eigentlich sein soll, wird nicht beantwortet. Sind es die vietnamesischen Pflegekräfte? Oder der rumänische Erntehelfer? Oder ist es die ukrainische oder syrische Ärztin? Welcher Kulturbegriff hier verwendet wird, bleibt offen.

Asyl

Das grundgesetzlich geschützte und aus triftigen historischen Gründen entstandene Asylrecht soll abgeschafft und durch ein „staatlicherseits gewährtes Gnadenrecht“ ersetzt werden.[10]

Die mit Landesmitteln finanzierten Integrationslotsen sollen durch „Remigrationslotsen“ ersetzt werden.[11] Dazu sollen deutlich mehr Abschiebehaftplätze in Sachsen-Anhalt geschaffen werden.[12] Die Trennung zwischen Haft und Abschiebegewahrsam soll zumindest vorübergehend ausgesetzt werden.[13] Der Druck auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden in den Landkreisen soll in Richtung „Verabschiedungskultur“ erhöht werden. Und sie müssen dazu „ermutigt werden, ihre Ermessenspielräume“ entsprechend „zu nutzen“.[14] Neben dem Remigrationsbeauftragten fordert die AfD die Einrichtung einer „Task Force“, die Abschiebungen beschleunigen soll.[15]

Die Beteiligung an internationalen Aufnahmeprogrammen für Flüchtlinge oder beispielweise die Aufnahme ehemaliger afghanischer Ortskräfte der Bundeswehr im Afghanistan-Krieg, die mitunter ihr Leben für Deutschland riskiert haben und riskieren, lehnt die AfD grundsätzlich ab.[16]

Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber sollen zentral aber außerhalb urbaner Sozialräume untergebracht werden. Bei der Standortwahl sei dem „Wohl der einheimischen Bevölkerung besondere Bedeutung beizumessen“.[17] Unter der Überschrift „Keine Migranten mehr aufs Land“ spricht sich die Partei allerdings auch gegen einen Aufenthalt in Mittelzentren oder ländlichen Regionen aus. „Migranten sollen so weit wie möglich landesweit zentral in wenigen Aufnahmeeinrichtungen“ untergebracht werden.[18] Gleichzeitig sollen sie verpflichtend „bis zur Aufenthaltsbeendigung“ bei Aufforstungs- und Waldpflegearbeiten eingebunden werden.[19]

Nicht in urbanen Räumen, nicht in Mittelzentren und nicht auf dem Land? Denkbar bleiben riesige separate Sammelunterkünfte fernab sozialer Infrastruktur. Die geplanten Aufforstungsarbeiten dürften nur einen kleinen Teil der Menschen erreichen. Familien mit Kindern hätten eine Reihe weiterer Probleme, die diese Art der Unterbringung mit sich brächte. Gedacht ist diese Form der Unterbringung als Abschreckungsmaßnahme. Menschen in großer Not werden sich davon allerdings nicht abschrecken lassen. Die Separierung und die Verweigerung jeglicher Integration werden Konflikte verschärfen. Geplante Einspareffekte sind so nicht zu erzielen.

Das Kirchenasyl soll abgeschafft und unter Strafe gestellt werden.[20] Kirchengemeinden müssten laut AfD finanziell haftbar gemacht werden, wenn sie Abschiebungen verzögern.[21]

Offene Fragen: Fragen Sie mit ehrlichem Interesse, wie Ihr Gegenüber zu seiner Meinung kommt. Zum Beispiel sagt jemand: „Man ist auf der Straße nicht mehr sicher, weil so viele Flüchtlinge hier sind“. Sie könnten nachfragen: „Wie kommen Sie auf Flüchtlinge?“.

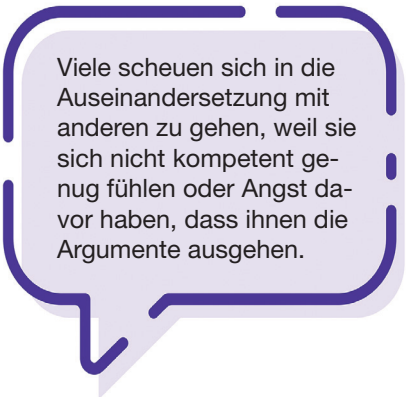
Kritik sachlich benennen. So können Sie zum Beispiel sagen, welchen Teil der Argumentation oder Sorge Sie nachvollziehen können: „Ich hatte auch schon mal Angst auf dem Nachhauseweg. Das ist unangenehm“. Aber schließlich: Ich bringe meine Angst aber nicht mit Flüchtlingen in Zusammenhang.

Die AfD möchte „Integrationsmaßnahmen“ generell den „Geldhahn zudrehen“.[22] Integrationsprojekten beispielsweise im Sport oder Fortbildungen zur Verbesserung der interkulturellen Kompetenz bei der Landespolizei würden die Mittel gekürzt. Die AfD lehnte im Landtag Sachsen-Anhalts bereits 2023 die Verwendung von Steuergeldern sowie die „Instrumentalisierung“ beispielsweise des Sports für die Belange der „Integrationsindustrie und Toleranzpropaganda“ strikt ab.[23]

Zuweisungen an Gemeinden, Gemeindeverbände und Landkreise für gesonderte Beratung und Betreuung sollen gestrichen werden.[24] Ebenso lehnt die AfD Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Unbegleitete Minderjährige Ausländer (UMA) sowie an Freie Träger ab.[25] Die AfD lehnt weiterhin die Gewährung von Zuschüssen für das Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen ab. Die entsprechenden Finanzmittel sollen nicht für Zuwanderer „vernutzt“, sondern für die einheimische Bevölkerung verwendet werden.[26]

Insgesamt lehnt die AfD, die „Vergeudung von Steuergeldern“ für Kampagnen zum „Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit“ kategorisch ab. „Vielfalts- und Weltoffenheitspropaganda“ dürfe nicht mit den hart erarbeiteten Steuergeldern der Sachsen-Anhalter finanziert werden.[27] Die AfD lehnt die „Verbesserung der Situation von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten durch Beratung, Betreuung, Integration und interkulturelle Öffnung“ ab.[28] Die AfD lehnt weiterhin die „Förderung von Maßnahmen zur nachhaltigen Integration von Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt“ ab und fordert eine Absenkung der Haushaltsmittel dafür.[29]

Im Ministerium für Infrastruktur und Digitales in Sachsen-Anhalt sollen Mittel, die den sozialen Zusammenhalt (Programm Sozialer Zusammenhalt) stärken, gestrichen werden. Gleiches gilt für Zuweisungen für Investitionen des Bundes im Rahmen des Investitionspaktes „Soziale Integration im Quartier“. Begründung der AfD-Fraktion im Landtag: „wenn die kulturfremden illegalen Zuwanderer aus den Problemvierteln bzw. aus Sachsen-Anhalt abgeschoben werden, wird dort wieder sozialer Frieden einkehren“.[30]
Der Kreisverband der AfD Anhalt-Bitterfeld erklärt „Der Islam gehört nicht zu



Deutschland“ und möchte überall im Kreis „Integrationsaufgaben nicht auf islamische Vereine übertragen“.[31]

Die AfD Sachsen-Anhalt möchte keine Willkommens- und Anerkennungskultur und auch keine „sogenannten“ Welcome Center. Eine AfD-geführte Landesregierung würde die „Willkommenspropaganda des Altparteienkartells“ beenden. Dagegen bräuchte es laut Programmentwurf eine Willkommenskultur für deutsche Kinder.[32]

Mit der Radikalität beim Thema Migration hat die AfD gemäß ihrer politischen Strategie vor allem die CDU im Visier, die auf europäisch abgestimmte Regelungen mit rechtsstaatlichen Mitteln setzt.

Von „illegaler Masseneinwanderung“ bei einer beständig jährlich sinkenden Zahl im Zuzug zu sprechen, ist eine Verleugnung der Fakten. 2025 wurden in Sachsen-Anhalt 2.873 Asylsuchende registriert, nach 5.134 im Jahr 2024 und 7.754 im Jahr 2023. Das Land schließt inzwischen Erstaufnahmeeinrichtungen.[33] Im Jahr 2022 betrug der Ausländeranteil in Sachsen-Anhalt 7,4 Prozent.

Staatsangehörigkeitsrecht

Eine AfD-geführte Landesregierung würde sich im Bundesrat für die Rücknahme des aktuellen Einbürgerungsgesetzes im Bund einsetzen. Die bestehende Gesetzeslage, wonach die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen besitzt, wer in Deutschland geboren wurde, soll geändert werden. Stattdessen soll eine Rückkehr zum Abstammungsprinzip erfolgen, das in Deutschland bis zum Jahre 2000 in Kraft war.[34]

Die AfD behauptet, dass deutsche Pässe in Sachsen-Anhalt wie „Ramschware feilgeboten“ würden. Die Behörden sollten deshalb angehalten werden, bei „beantragten Einbürgerungen ihren Ermessensspielraum maximal restriktiv“ zu nutzen, wenn die Antragsteller „keine ausreichenden Assimilationsleistungen“ vorweisen können.[35] Generell gilt für die

1. Sie können davon ausgehen, dass Ihr Gegenüber auch nicht alle Details kennt und wahrscheinlich einfach nur überzeugender im Auftreten ist.

2. Sie werden nie allein mit Zahlen und Fakten überzeugen können, erst recht nicht Menschen, die Stammtischparolen verbreiten. Stammtischparolen sind nur Mittel zum Zweck – das heißt, sie sind austauschbar.

AfD: „wer hier eingebürgert werden will, muss sich […] zu Deutschland bekennen, seine neue Identität annehmen und seine alte Identität loslassen“. Mögliche Konflikte in den Heimatländern dürften nicht aktiv unterstützt werden. Für die Bundesgesetzgebung fordert die AfD, dass Einbürgerungen erst nach frühestens zehn Jahren möglich sein sollen.[36]

Viele Einwanderer stammen aus Krisen- und Konfliktgebieten und lassen häufig Familien und Angehörige zurück. Dürfen diese dann nicht unterstützt werden, weil der Konflikt anhält? Auch der Begriff Assimilation, also die Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft, und die damit verbundene Frage, wie die „alte Identität“ abgelegt werden soll und was Identität überhaupt bedeutet, bleibt unbeantwortet. Kontrollieren ließen sich diese „Assimilationsleistungen“ ebenfalls nicht.

Achten Sie auf Ihre Körpersprache und Ihren Gesichtsausdruck. Die Hälfte unserer Kommunikation ist nonverbal.

Die Diakonie setzt sich ein für die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere demokratische offene und vielfältige Gesellschaft. Insbesondere die Förderung des Spracherwerbs und der Zugang zum Arbeitsmarkt sind zu stärken. Ohne Einbürgerung gibt es keine vollen Rechte. Einbürgerung ist ein wichtiges integrationspolitisches und staatspolitisches Ziel, um allen Menschen eine Bleibegarantie, volle gesellschaftliche Teilhabe mit Rechten und Pflichten und volle Reisefreiheit geben zu können. Doch die Umsetzung hinkt diesem Anspruch in mancher Hinsicht hinterher.

Die Diakonie spricht sich dafür aus, die Zahl der Einbürgerungen sowie das Tempo bei der Antragsbearbeitung zu erhöhen. Dies erfordert eine bessere Personalausstattung der Behörden und schlankere, weniger bürokratische Verfahren in den Ländern und Kommunen. Notwendig sind eine Willkommens- und Anerkennungskultur in den Behörden wie in der Gesellschaft. Zudem befürwortet die Diakonie Erleichterungen bei der Bedingung der eigenständigen Lebensunterhaltssicherung zum Beispiel für Alleinerziehende und Menschen mit Behinderung.

Integration in den Arbeitsmarkt

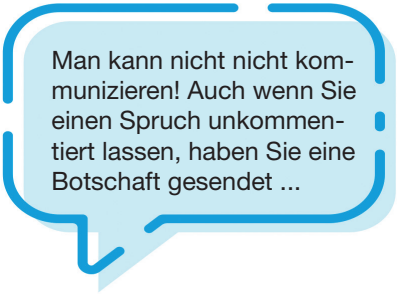
Zuwanderung trägt nach der AfD nichts zu einer Lösung des Fachkräftemangels bei, sondern verursache diesen. Zuwanderer werden dem folgend als „Fachkräftemangelverursacher“ bezeichnet. So „erzeugen oder verschärfen Versorgungsmigranten und Hilfsarbeiter“, die in Deutschland einreisen und sich in „Sachsen-Anhalt ansiedeln, den hiesigen Fachkräftemangel“. Sie sorgen allein „durch ihre Anwesenheit für einen Mehrbedarf an Erziehern, Lehrern, Verwaltungsmitarbeitern, Richtern, Staatsanwälten oder Polizisten“.[37] Infolgedessen wird eine „AfD-geführte Landesregierung keine zum Scheitern verurteilte `Integration‘ illegaler Zuwanderer in den sachsen-anhaltischen Arbeitsmarkt anstreben.[38]

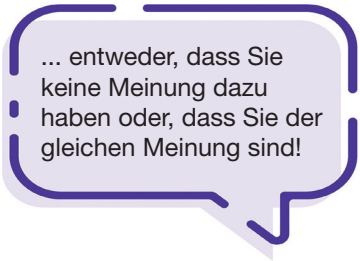
Die AfD sieht Einwanderung in den Arbeitsmarkt, insbesondere den von „kulturfremden Fachkräften“, generell als „Gefährdung“. Im Gesundheits- und Pflegebereich sogar als Gefahr für die Patienten.[39] Integrationskurse, Integrationslotsen und Fachkräfte (Landesprogramm „Job Buddys“) die bei der beruflichen und sozialen Integration unterstützen, würden entsprechend abgeschafft.[40]

Die Diakonie lehnt rassistische und andere diskriminierende Äußerungen und Maßnahmen ab. Sprache schafft Wirklichkeiten und prägt das Zusammenleben. Reden, die von Hass und Wut geprägt sind, die Menschen verletzten und diffamieren, lehnt die Diakonie grundsätzlich ab.

Es gilt die Gleichwertigkeit jedes Menschen unabhängig von Kultur, Religion, Hautfarbe, sexueller Orientierung, Sprache und ethnischer Herkunft. Die Rückkehr zum Abstammungsprinzip und damit biologischen Kriterien wird der Gesellschaft eines modernen Einwanderungslandes im 21. Jahrhundert nicht gerecht.

Für die Diakonie ist das „Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte“ (Grundgesetz Artikel 14) unbedingt zu erhalten. Es entstand als Reaktion auf die Erfahrung der nationalsozialistischen Diktatur, des Zweiten Weltkriegs und der mit ihnen verbundenen Vertreibungen und Flüchtlingsbewegungen.





Europapolitik

Im „Regierungsprogramm“-Entwurf der AfD in Sachsen-Anhalt spielt Europa eine untergeordnete Rolle. Aber es wird behauptet, dass Deutschland als „Sozialstaatsmagnet“ zahlreiche Armutseinwanderer aus anderen EU-Ländern nach Sachsen-Anhalt lockt. Eine AfD-Landesregierung würde deshalb „alle rechtlich bestehenden Möglichkeiten nutzen, um die EU-Armutseinwanderung“ zu unterbinden und „um Sozialstaatsnomaden zur Rückkehr in jene EU-Länder“ zu bewegen, aus denen sie eingereist sind.[41]

Die AfD möchte generell in Europa nur noch einen losen Staatenbund, einen „Bund europäischer Nationen“ schaffen.[42] Sie fordert die Rückkehr zu „nationalen Währungen“[43] und will den nationalen Grenzschutz wiedereinführen.[44] Die Arbeitnehmerfreizügigkeit soll für bestimmte Bürger aus EU-Ländern eingeschränkt werden.[45] Der europäische Binnenmarkt soll eingeschränkt und nur in Grundzügen erhalten bleiben. Alle Instrumente der europäischen Kohäsionspolitik sollen dagegen abgeschafft werden.[46]

Die AfD im Europaparlament aber auch die AfD in Sachsen-Anhalt hat sich gegen eine Stärkung der EU-Handelspolitik ausgesprochen. Der AfD-Europaabgeordnete Arno Bausemer aus Stendal verglich die Politik innerhalb der EU bezüglich des Freihandelsabkommens Mercosur mit einem Mafiafilm und lehnte sie im EU-Parlament ab.[47]

„Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann“. Mit diesem Satz verstärkte Björn Höcke 2023 die Forderung nach einer Auflösung der EU bei der Europawahlversammlung der AfD in Magdeburg.[48] Die Nähe zur SA-Parole „Sie starben, damit Deutschland lebe“ ist mutmaßlich kein Zufall.

Die AfD ignoriert, dass die Europäische Union vor allem ein großes Friedensprojekt der neueren Geschichte ist. Die EU basiert auf den blutigen Lehren zweier Weltkriege und der Übereinkunft demokratischer Staaten, in der Europäischen Union zusammenzuarbeiten. Im Mittelpunkt stehen die friedenssichernden, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Vorteile einer starken Kooperation. Gerade eine Exportnation wie Deutschland, die in großem Maß in andere europäische Länder exportiert, profitiert enorm von der politischen und wirtschaftlichen Verflechtung auf europäischer Ebene. Offene Grenzen ermöglichen zudem Reisefreiheit und die freie Wahl des Lebens- und Arbeitsortes.

Signale und Stimmungsmache der AfD gegen EU-Migranten führen dazu, dass insbesondere Fach- und Arbeitskräfte nicht nach Sachsen-Anhalt kommen. Die Wertschöpfung und Wirtschaftskraft in Sachsen-Anhalt wird dadurch erheblich geschwächt.

Bei einem Ausstieg Deutschlands aus der EU, dem „Dexit“, würde laut Berechnungen des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW) bereits nach fünf Jahren das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 5,6 Prozent geringer ausfallen. Der Verlust wäre vergleichbar mit dem der Corona- und Energiekrise zusammen. Ein weiterer Effekt wäre nach Schätzungen des IW, dass rund 2,5 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland verschwinden.[49]

Sachsen-Anhalt ist stark vom demographischen Wandel betroffen. Deshalb ist das Land zunehmend auf Zuwanderung von Fach- und Arbeitskräften aus dem europäischen und außereuropäischen Ausland angewiesen. Es geht dabei um den Erhalt unseres Wohlstands und die Daseinsfürsorge in unserer Region. Viele Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt könnten schon jetzt ohne Ärzte aus dem Ausland nicht mehr arbeiten. Die Situation in der Pflege würde sich verschärfen. Aber auch Pakete würden nicht mehr zugestellt, Teile der Gastronomie müssten schließen, Handwerkertermine wären noch schlechter zu bekommen.

Missverständnisse sind normal! Wenn Sie unsicher sind, was Ihr Gegenüber tatsächlich meint, sollten Sie im Zweifel immer nachfragen: „Habe ich richtig verstanden, dass …?“.

Die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt leidet schon jetzt unter einem Mangel an Fach- und Arbeitskräften. Wirtschaftswissenschaftliche Institute, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften sind sich einig darin, dass eine verstärkte Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt notwendig und geboten ist, um Produktion und Dienstleistungen zu erhalten. Ansonsten würden Wertschöpfung und damit Steuereinnahmen verloren gehen.[50]

Das Land Sachsen-Anhalt braucht aber auch Investitionen aus dem Ausland. Betriebe siedeln sich aber nur an, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Dazu zählt die Zahl an Fach- und Arbeitskräften genauso wie die gesellschaftliche Stimmung im Land. Eine Regierung der AfD in Sachsen-Anhalt würde Investoren vor riesige Probleme stellen.

In Deutschland leben 24 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, das ist fast ein Drittel der Bevölkerung. Die meisten sind jung. Hier gibt es ein hohes Potential für eine höhere Erwerbsbeteiligung. Die Quoten bei höheren Bildungsabschlüssen steigen zwar, sie liegen aber immer noch hinter denen Jugendlicher ohne Migrationshintergrund. Es lohnt sich in Integration, Kitas und Schulen zu investieren, um die schon hier lebenden Menschen aktiv bei der Integration in unseren Arbeitsmarkt zu unterstützen. Das deutsche Umlagerentensystem ist in einer überalterten Gesellschaft zudem auf junge Menschen als Einzahler angewiesen.

Stammtischparolen erkennen: sie sind pauschal, stark vereinfachend, schwarz/weiß, zugespitzt und vorurteilbehaftet. Sie vereinfachen das Leben, strukturieren ...

... die komplizierte Welt, geben vermeintliche Sicherheit und haben in der Gruppe die Tendenz, andere, fremde Gruppen abzuwerten.

Schule, Bildung und Inklusion

Die AfD spricht sich für das nicht sehr durchlässige „mehrgliedrige Schulsystem“ aus.[51] Nach Ansicht der Partei hat Schule darüber hinaus weder soziale oder psychologische Betreuungsaufgaben, noch Inklusion und Integration zum Ziel.[52] Die Familie sollte wieder mehr Aufgaben übernehmen, dies würde dann „Schulsozialarbeiter überflüssig“ machen.[53] Die AfD-Fraktion in Landtag Sachsen-Anhalt fordert deshalb: „Weg mit überflüssiger Schulsozialarbeit, zurück zu echter Bildung!“[54] Sie bezeichnet die Schulpflicht als „Schulzwang“ und fordert die „Wahlfreiheit zwischen Schul- und Hausunterricht“.[55] Diese Forderung würde de facto einer Abschaffung der deutschlandweit seit 1919 geltenden Schulpflicht gleichkommen. Kinder dürften dann von ihren Eltern zu Hause unterrichtet werden. Autoritäre oder andere beispielsweise völkische Ideen könnten damit einfacher Eingang in Bildungsbiografien und in die Sozialisation von Kindern und Jugendlichen finden. Soziale Kontakte, der Umgang mit anderen Kindern und deren unterschiedlichen Lebensweisen würden stark eingeschränkt, so dass ein Aufwachsen in einer vielfältigen Gesellschaft kaum mehr möglich ist. Auch für die Arbeitswelt, die beständig immer besser ausgebildete Fach- und Arbeitskräfte benötigt, wäre eine solche Entwicklung im Schulsystem negativ.

Die vorgenannte Abschaffung der Schulsozialarbeit geht an den tatsächlichen Erfordernissen im Schulalltag komplett vorbei und würde Ausgrenzung und Gewalt fördern, Teilhabechancen gerade für Kinder aus benachteiligten Familien verringern und gesellschaftliche Gräben schon in den Schulen vertiefen.

Mittel und Zuschüsse, die der „Zuwanderung schulpflichtiger Kinder von Asylbewerbern“ zugutekommen würden, lehnt die AfD grundsätzlich mit der Begründung ab, dass „Familiennachzug“ und „dauerhafte Integration von Asylbewerbern bzw. Flüchtlingen“ ins Regelschulsystem für sie kein Ziel wäre.[56] Entsprechend lehnte die AfD-Fraktion im Landtag auch die „Vergütung von Fremdprüfern im Zusammenhang mit Sprachfeststellungsprüfungen“ sowie die „Vergütung von Dolmetschern/Sprachmittlern“ für die Kommunikation „zwischen Vertretern der Schulen und Sorgeberechtigten mit Migrationshinter-

Fordern Sie ihr Gegenüber auf, beim Thema zu bleiben, wenn die nächste Stammtischweisheit vorgetragen wird.

grund ab“. Wenn sich „die Fremden legal in Sachsen-Anhalt aufhalten“, hätten sie die deutsche Sprache zu lernen. „Illegale Migranten müssten schnellstmöglich abgeschoben werden“.[57]

„Kinder von – vorerst – nicht ausreisepflichtigen Flüchtlingen“ sollen in Sonderklassen unterrichtet werden. Hier sollen ihnen die „Lehrinhalte ihrer heimischen Schulen“ vermittelt werden.[58] Ziel soll es sein, den Flüchtlingskindern die Botschaft zu vermitteln, dass ihr Aufenthalt nur vorübergehend ist.[59] Mit den vorgesehen „Sonderklassen“ werden Kinder in Kategorien eingeordnet. Kinder Geflüchteter würden ausgesondert und damit benachteiligt. Wie die AfD die Lehrinhalte von Schulen aus dem Herkunftsland ermitteln und mit welchen Lehrern sie sie vermitteln will, wird nicht gesagt. Da auch bei Sprachmittlern und Dolmetschern gespart werden soll, ergäben sich nicht nur Probleme im Unterricht, sondern auch mit den Familien oder Sorgeberechtigten.

Über menschenverachtende oder rassistische Äußerungen darf man nicht hinweggehen. Fragen Sie noch einmal nach, ob Sie Ihr Gegenüber auch nicht missverstanden haben.

Sollte Ihr Gegenüber auf eine Aussage beharren oder die Position sogar noch unterstreichen, gilt es, eine Grenze zu ziehen.

Regenbogenflaggen sollen an Schulen verboten sein. Per „Runderlass“ möchte die AfD sicherstellen, dass von „schuloffizieller Seite keine Regenbogenfahnen“ mehr gezeigt werden.[60] Die AfD hat aber nicht generell etwas gegen Fahnen, so möchte sie „dafür sorgen, dass an öffentlichen Schulen an jedem Schultag die Bundesflagge gehisst wird“.[61] Auch das „gemeinsame Singen der Nationalhymne“ ist vorgesehen“[62] Hier knüpft die AfD bewusst an vorhandene autoritäre Einstellungen gerade in Ostdeutschland an, Fahnenappelle und teils vormilitärischen Bildungsmaßnahmen aus DDR-Zeiten. Der reflektierte Umgang mit nationalen Symbolen in Schulen ist bereits jetzt möglich.

In Schulen braucht es laut AfD vor allem durch die Gewalt von Schülern mit Migrationshintergrund einen privaten Wachdienst, der direkt dem Schulleiter unterstellt ist und auf dem Schulhof für Recht und Ordnung sorgt.[63] Da es sich laut AfD hauptsächlich um Kinder mit Migrationshintergrund handelt, läuft dies nicht nur auf Diffamierung, sondern auf eine Kriminalisierung von Menschengruppen hinaus.

Die Landeszentrale für politische Bildung wird als „linke Indoktrinationsanstalt“ in Misskredit gebracht und soll aufgrund ihrer angeblich mangelhaften „Neutralität“ abgeschafft werden.[64] Mittel für Demokratieprojekte Freier Träger sollen eingestellt werden.[65]

Die AfD-Fraktion im Stadtrat von Bitterfeld-Wolfen hat einen Leitfaden zum Umgang mit dem Bundesprogramm „Demokratie Leben“ zur Nutzung für andere Orts- und Kreisverbände bereitgestellt, der „Gegner“ der Partei in der örtlichen Verwaltung und bei den Projektträgern identifizieren und die finanzielle Basis entziehen will.[66]

Das Programm „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ ist für die AfD kein Programm, das „echten“ Rassismus bekämpft. Für die AfD kommt „echter“ Rassismus in unserer Gesellschaft insgesamt kaum noch vor. Es verstecke sich hinter diesem Programm der Kampf gegen „legitime rechte und patriotische Einstellungen“. Schüler würden hier „unter Druck gesetzt“, sich der „Vorherrschaft linker Ideen“ zu beugen. Die AfD will deshalb die Landesförderung des Programms „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ einstellen.[67]

Den „Girl‘s und Boy‘s Day“ will die AfD abschaffen. Sie unterstellt hier „Gender-Politik“, die die „Unterschiede zwischen den Geschlechtern“ aufheben soll. „Junge Männer“ würden „gezielt in Frauenberufe“ und „junge Frauen gezielt in Männerberufe“ gedrängt.[68]

Bildung zielt auf die ganzheitliche Entwicklung der Persönlichkeit und die Gestaltung des Lebens in Freiheit und Verantwortung, als Individuum und in Gemeinschaft. Grundlage ist das biblische Menschenbild: Die Würde jedes einzelnen, von Gott geliebten Menschen ist unantastbar. Die Diakonie fördert Demokratiebildung in vielen Bereichen (Evangelische Schulen, Familienbildung, Freiwilligendienste und anderes). Pädagogische Fachkräfte werden von uns befähigt, Beteiligung und Mitgestaltung im Alltag lebendig umzusetzen. Eine demokratische plurale Gesellschaft ist darauf angewiesen, dass Menschen demokratisches Handeln früh erleben und einüben können. In Schule und Kindertagesbetreuung ist es möglich, demokratische Beteiligungsformen und Selbstwirksamkeit zu erleben.

Tragen Sie Leitungsverantwortung in einer Einrichtung, müssen Sie darüber hinaus deutlich machen, dass Sie solche Äußerungen in Ihrer Einrichtung nicht dulden. Suchen Sie sich Rat, wenn Sie in arbeitsrechtlichen Fragen unsicher sind.

Inklusion

Der Begriff Inklusion taucht im Programmentwurf nur im Zusammenhang mit Schule auf. Sie wird von der AfD in Sachsen-Anhalt als „Ideologie“ diffamiert und in Schulen als „Experiment“ bezeichnet. Sie möchte Inklusion an Regelschulen „unverzüglich beenden“ und „Förderschulen“ weiter ausbauen.[69]

Björn Höcke sagte bereits 2023 im MDR-Sommerinterview: „Projekte wie Inklusion und Gender-Mainstreaming bringen unsere Kinder nicht weiter.“[70] Höcke macht für die schlechten Bildungsleistungen (PISA) in Deutschland Inklusion und Vielfältigkeit im Unterricht verantwortlich. Die AfD möchte entsprechend „die Dauerrevolution im Bildungsbereich beenden und die Überlastung der Lehrerinnen und Lehrer durch unterrichtsfremde Aufgaben und Ideologieprojekte (flächendeckende Inklusion) soweit es geht, minimieren.“[71]

Inklusion bedeutet für die Diakonie eine personenzentrierte und passgenaue Förderung des Einzelnen. Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ist zu achten. Die einzelne Person und deren Bedürfnisse stehen im Vordergrund. Das kann bedeuten, dass für den einen eine inklusive Regelschule idealer Lernort ist und für den anderen ein Förderschulangebot. Es werden also inklusive Schulen und spezielle Förderschulen zugleich benötigt, um dem einzelnen Kind und dem Elternwunsch gerecht zu werden.

Inklusion bedeutet gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, an Bildung, Kultur, Sport und vielem mehr. Die Diakonie fördert und unterstützt die ungehinderte Teilhabe jedes Menschen in der Gesellschaft. Rechtsansprüche von Menschen mit Behinderung an sozialer und kultureller Teilhabe sind für die Diakonie nicht verhandelbar.

Gesundheit und Pflege

Im Themenfeld Gesundheit entwickelt die AfD keine ausführliche Programmatik. Erst im letzten Kapitel auf Seite 148 des „Regierungsprogramm“-Entwurfs für Sachsen-Anhalt taucht das Thema auf. Es wird eine Übernahme anerkannter Positionen und Begriffe von politisch Mitte-links sichtbar, die jetzt aber „national“ ausgedeutet wird. Für die AfD ist Gesundheit zunächst mal „keine Ware und darf deshalb nicht dem freien Markt ausgeliefert werden (…). Bei der Ausrichtung gesundheitspolitischer Maßnahmen muss deshalb immer das Patientenwohl im Mittelpunkt stehen. Wirtschaftliche Interessen müssen hintangestellt werden“.[72] Der Rettungsdienst soll wieder schneller beim Patienten sein, Prävention und Gesundheitsbildung sollen eine größere Rolle spielen, moderne Diagnostik, digitale Gesundheitsanwendungen, innovative Vorsorgeuntersuchungen und neue Therapieansätze sollen zur Anwendung kommen.[73] Die AfD verlangt mehr Landärzte, mehr Gesundheitszentren und einen Ausbau der Palliativ-Hospizversorgung.[74]

Schon zu Beginn des Kapitels wird geklärt, dass es der AfD um die „Volksgesundheit“ geht.[75] Aufbauend auf AfD-Argumentation an anderer Stelle, geht es offensichtlich um Gesundheit und Pflege der „einheimischen Bevölkerung“.[76]

Ärzte und andere Fachkräfte aus dem Ausland oder mit ausländischen Abschlüssen werden von der AfD als Importärzte diffamiert und abgelehnt.[77] Das „Wohl der Patienten“ wird durch sie „gefährdet“. Helfen können für die AfD nur einheimische Ärzte und die Familie. Schon heute allerdings werden 86 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause und dabei vor allem von Angehörigen versorgt. 32 Prozent der pflegenden Angehörigen berichten von psychischen Belastungen, 22 Prozent von körperlichen Beschwerden. Jeder fünfte pflegende Angehörige (unter 64 Jahren) ist armutsgefährdet, bei Frauen ist es jede vierte. Familien könnten also mehr Unterstützung erfahren, da gibt es viele Ideen der Fachorganisationen. Die professionelle Pflege – egal ob im Krankenhaus oder im Altenpflegebereich, ob zu Hause oder stationär – muss auch in den nächsten Jahren ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dazu benötigen wir Menschen, auch die aus anderen Ländern.

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Viele Menschen stehen jedoch vor großen Hürden, wenn sie gesundheitliche Versorgung benötigen. Die Diakonie setzt sich dafür ein, dass alle Menschen Zugang zu einer diskriminierungssensiblen und barrierefreien gesundheitlichen Versorgung haben. Sprachmittlung im Gesundheitswesen muss flächendeckend verfügbar sein. Leistungseinschränkungen für asylsuchende

Menschen sind abzuschaffen, die elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende ist bundesweit einzuführen. Menschen ohne Papiere müssen gesundheitliche Versorgung ohne Angst vor Abschiebung in Anspruch nehmen können.

Informationsquelle erfragen:
Bringt Ihr Gegenüber Informationen vom „Hörensagen“, dann fordern Sie belegbare Fakten. Facebook, X (Twitter) & Co sind keine seriösen Informationsquellen!

Kirche, Kultur und Identität

Die AfD will in der Landesregierung dafür sorgen, dass „jeder Verein, der, sei es institutionell oder projektbezogen mit Steuergeld gefördert werden will, ein „glaubhaftes Bekenntnis“ zu seiner „patriotischen Grundhaltung ablegen“ soll.[78] „Die Vergabe von Fördermitteln darf sich nicht mehr danach richten, ob die Antragsteller Genderziele erreichen oder andere aus der Regenbogendoktrin gespeisten Anforderungen erfüllen.“ Stattdessen soll […] Religion, Brauchtum und (echte) Kultur gefördert werden – nicht künstlich aufgezwungene Projekte“ einer „perversen Regenbogenagenda“.[79]

Wie die deutsch-patriotische Haltung geprüft werden soll, bleibt allerdings rätselhaft. Welche Maßstäbe für „echten“ Patriotismus setzt die Partei an? Das Bekenntnis zu Demokratie und zum Grundgesetz reicht für die AfD jedenfalls nicht mehr aus.

Die AfD möchte im Rahmen ihrer schon länger bekannten „#deutschdenken“-Imagekampagne mit einem „Stolz-Pass“ Familien den „kostenlosen Zugang zu bedeutsamen Kulturstätten“ ermöglichen. Gedenkstätten sind hier im Programm nicht vorgesehen. Die Rede ist ausschließlich von „Burgen, Schlössern und Museen“.[80] Angeblich hätte eine „Tradition der Traditionsvernichtung“ unser kulturelles Erbe „entkernt“ und damit Möglichkeiten einer „stabilen nationalen Identitätsbildung verbaut.“ Seiner „Selbstbehauptungskräfte beraubt“, sei nun Deutschland dem „Einfluss der Regenbogenideologie hilflos ausgeliefert“.

Die AfD-Sachsen-Anhalt möchte diese „Identitätsstörung durch eine neue, patriotische Kulturpolitik heilen“.[81] Die AfD will außerdem mit der Kampagne „#deutschdenken“ die Tourismuswirtschaft in Sachsen-Anhalt ankurbeln.[82]

Kulturpolitik, prominent an dritter Stelle im „Regierungsprogramm“-Entwurf verortet, stellt sich als wichtigster Kampf der AfD um die Köpfe heraus. In der Kulturpolitik wird die ganze Breite der radikalen Weltanschauung deutlich. Von patriotisch „deutsch denken“ über den „Stolz-Pass“ bis zur ablehnenden Haltung gegenüber den Kirchen und dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird ein Weltbild entworfen, dass den Grundkonsens der freiheitlichen Kulturpolitik der Bundesrepublik verlässt.

Kirchenpolitik

Als eine der ersten Amtshandlungen würde eine AfD geführte Landesregierung den beiden evangelischen Kirchen und der katholischen Kirche die Finanzierung entziehen. Die Staatsleistungen müssten entfallen, weil die „großen Kirchen nicht mehr den christlichen Glauben pflegen, sondern die Regenbogenideologie“.[83] Auch die Landesfördermittel für die Evangelische Akademie in Wittenberg würden von der AfD „unverzüglich“ eingestellt.[84]

Die Frage der Kirchenfinanzierung hat Verfassungsrang und wird schon seit einigen Jahren diskutiert. Aber was hat sie im AfD-Programm zu bedeuten? Die beiden Kirchen sind seit vielen Jahren deutlich in ihren Verlautbarungen gegen rechtsextreme Ideen, Strömungen und Parteien. Hetzkampagnen gegen Minderheiten werden genauso abgelehnt wie Menschenrechtsverstöße oder die Infragestellung unserer demokratischen Kultur und Lebensweise. Dies geschieht nicht aus politischen Gründen, sondern aus der Verpflichtung gegenüber dem Evangelium in der Bibel. Bei dem Kampf gegen die Kirchen geht es also nicht primär um Staatsleistungen oder Kirchensteuer, es geht um die Diffamierung und Schwächung einer gegen die AfD gerichteten Haltung einer gesellschaftsprägenden Institution.

Freikirchen will die AfD dagegen fördern und unterstützen.[85] Die Verbände mehrerer Freikirchen auf Bundesebene wiesen den Versuch zurück, als Freikirchen von der AfD vereinnahmt zu werden. Stattdessen würden sie „das gute ökumenische Miteinander mit den Landeskirchen sehr schätzen“, sagte der Sprecher des „Bundes Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden“, Michael Gruber. Auch die „Vereinigung Evangelischer Freikirchen“ widerspricht den „Spaltungsbemühungen und dem Schlechtreden einzelner Kirchen“, so deren Sprecher Konstantin von Abendroth.[86]

> Diakonie und Kirche stehen weiterhin für Vielfalt. Wir wehren uns gegen jede Diffamierung von Institutionen, einzelnen Interessengruppen, Vereinen oder Einzelpersonen. Demokratieprojekte, Akademien, Erwachsenenbildung und andere Formen politischer Bildung sind in den letzten Jahren gerade durch das Erstarken rechtsextremer

Politikangebote immer wichtiger geworden. Sie, wie gefordert, einzustellen, bedeutet weniger Abwehrkräfte gegen die Feinde der Demokratie. Diakonie und Kirche treten für die demokratische Grundordnung und den Erhalt einer ebenso am Gemeinwohl orientierten wie freiheitlichen Lebensweise in Sachsen-Anhalt und in Deutschland ein.

Familie, Frauen und Gleichstellung

Der demografische Wandel ist für die AfD in Sachsen-Anhalt „nichts anderes“ als das „Aussterben des Deutschen Volkes“.[87] Gegen das „Aussterben der einheimischen Bevölkerung“ will die Partei etwas unternehmen. Sie möchte Sachsen-Anhalt zum „Familienland“ machen, indem sie unter anderem einen „Familienbeauftragten“ einsetzt, ein „Kinderwillkommensgeld“ einführt und die medizinisch-technische „Kinderwunscherfüllung“ auch mit Landesmitteln „fördert“.[88] Damit mehr Kinder geboren werden, soll der „pervers-linke, radikal feministische und individualistische Ungeist“ im Land beseitigt werden.[89] Eine angebliche „Frühsexualisierung“ in Kitas oder andere Programme, die „Kinder vor der Pubertät“ mit „sexuellen Themen konfrontieren“, würden eingestellt.[90]

Die durch die „verquere Weltanschauung der Altparteien“ geschaffenen „Gleichstellungsbeauftragten“ sollen ersatzlos abgeschafft werden.[91]

Die AfD-Fraktion im Landtag lehnte darüber hinaus in mehreren Anträgen über viele Jahre „Zuschüsse an den Landesfrauenrat“ auf „Kosten der Steuerzahler ab“ und beantragte eine „entsprechende Absenkung“ der Mittel.[92]

Eine „Geschlechterquote“ wird grundsätzlich abgelehnt.[93] Die AfD betrachtet generell die „traditionelle Familie als Leitbild”.[94] Dieses Leitbild der Familie „als Keimzelle der Gesellschaft“, bestehend aus „Vater, Mutter und Kindern”[95] sei aber in Gefahr. Frauen sollen als Hausfrauen wieder mehr geschätzt werden.[96] Denn angeblich leugnet die „Gender-Ideologie“ die biologischen Unterschiede zwischen Mann und Frau und diskreditiert die Institution Familie aus ideologischer Motivation.[97]

Björn Höcke, Thüringer AfD-Vorsitzender: „Denn was ist es anderes als ein Angriff auf unsere Kinder, wenn Vertreter des Regenbogen-Imperiums in Deutschland sich dafür einsetzen, dass

eine Abtreibung bis zum neunten Monat möglich sein muss; wenn sie drängen, dass schon ein siebenjähriges Kind – auch gegen den Elternwillen – sein Geschlecht frei wählen kann; wenn sie Pornofilme im öffentlich-rechtlichen TV und in Schulen fordern; oder wenn im kommenden Frühjahr in Berlin zwei schwul-lesbische Kindergärten eröffnen? Sie wollen die Seelen unserer Kinder, aber sie sollen sie nicht kriegen!“[98]

Nicole Höchst (AfD-Bundestagsfraktion) streitet Benachteiligungen von Frauen generell ab: „Die strukturelle Benachteiligung von Frauen gleicht einem Yeti: Jeder spricht darüber aber noch niemand hat ihn ernsthaft gesehen“.[99]

Gewaltschutz-Maßnahmen für Frauen (Istanbul-Konvention) sollen gekürzt werden, weil immer mehr „Migranten und Flüchtlinge, Suchtkranke, Transmenschen“ diese Hilfen in Anspruch nehmen würden.[100]

Gott schuf den Menschen ohne Über- und Unterordnung.[101] Daraus folgt für uns die gleichberechtigte Akzeptanz verschiedener Lebensformen und Lebensweisen. Wir leben in einer Verantwortung füreinander. Eine Gesellschaft besteht durch die Verbindungen und braucht die Verbindlichkeit der Menschen, die zusammenleben. Daraus folgen auch die Gleichberechtigung aller am Arbeitsleben durch gerechte Aufgabenverteilung in Familien und Lebensgemeinschaften und ein Bedarf an entlastenden Unterstützungsleistungen, zum Beispiel in der Kinderbetreuung oder Pflege. Die Diakonie setzt sich ein für die gesellschaftliche Gleichberechtigung für Frauen und gegen jede Form der Diskriminierung von Frauen, insbesondere aller Arten der Gewalt gegen sie.

Die Überhöhung traditioneller Familienformen (Mutter, Vater, Kind) geht an der gesellschaftlichen Realität in Deutschland vorbei. Die Diakonie unterstützt traditionelle Familienmodelle, aber auch die Vielfalt neuer Familienformen, in denen Verantwortung füreinander übernommen wird.

Löhne, Rente und Steuern

Löhne

In der Vergangenheit sprach sich die AfD immer wieder gegen die Einführung eines Mindestlohnes und dessen Erhöhungen aus. Die in Sachsen-Anhalt sehr niedrige Tarifbindung verbunden mit einem großen Niedriglohnsektor bringt die AfD im Landtag Sachsen-Anhalts (wie auch im Bundestag) trotzdem zur Ablehnung des Tariftreuegesetzes. Sie forderte 2024 im Landtag das Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt (TVergG LSA) unverzüglich abzuschaffen.[102] Damit spricht sich die AfD konkret gegen höhere Einkommen der Arbeitnehmerschaft in Sachsen-Anhalt aus – und damit auch gegen die Möglichkeit, sich mehr Wohlstand zu erarbeiten oder für das Rentenalter Vermögen aufzubauen.

Nach aktuellen Untersuchungen leben 49 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt in großer Sorge vor finanziellen Einbußen und sozialem Abstieg.[103] Ein Grund sind die immer noch deutlich geringeren Löhne (fast ein Fünftel) und deutlich geringere Vermögen.

Die Diakonie tritt für eine höhere Tarifbindung ein (inklusive Anerkennung der kirchlichen Entgeltvereinbarungen), einen weniger großen Niedriglohnsektor und die im Grundgesetz als Staatsziel beschriebenen gleichwertigen Lebensverhältnisse. Zudem fordert die Diakonie die geringere Entlohnung von Frauen zu beenden.

Rente

Die AfD hat sich in der Vergangenheit oft zur Rente geäußert. Die abschlagsfreie Rente nach 45 Arbeitsjahren, die Einbeziehung von Staatsbediensteten (durch weniger Verbeamtungen) und Politikerinnen und Politiker in die gesetzliche Renten-

versicherung und ein flexibles Renteneintrittsalter sind gängige Forderungen auch anderer Parteien. Aber schon bei einer Kinderprämie in Form von 20.000 Euro Beitragserstattung pro Kind oder einem steuerfinanzierten “Junior-Sparddepot” mit 100 Euro pro Monat für jedes Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit scheiden sich die Geister.

Vor allem bei der Finanzierung der Versprechungen wird es irreal. So ergeben sich unmittelbare Mehrausgaben beziehungsweise Finanzierungsbedarfe bei der Rente von über 100 Milliarden Euro im Jahr. Ihr im Bundestagswahlprogramm verkündetes “fernes Ziel”, das durchschnittliche Rentenniveau auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens zu erhöhen, bleibt insofern nicht nur ein leeres Versprechen, sondern ist nach Forschungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) auch noch falsch errechnet. Nach gängigen Berechnungsmethoden wären es maximal 53 Prozent.[104]

Steuern

Die Umsetzung der Vorstellungen der AfD für eine Steuerreform wären ein marktradikales und für die öffentlichen Haushalte wie auch betroffenen Menschen abenteuerliches Umverteilungsprogramm in Deutschland. Die fiskalischen Mindereinnahmen werden insgesamt auf knapp 100 Milliarden Euro geschätzt, die Armutsrisikoquote würde in Deutschland um 12,9 Prozentpunkte steigen.[105]

Konkret soll der Solidaritätszuschlag vollkommen abgeschafft werden. Ebenso wären Einnahmen aus Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer Vergangenheit. Im Bereich Einkommensteuer würde es eine Flat-Tax geben.[106] Die nicht mehr eingezogene Vermögenssteuer hätte keine Chance mehr auf Wiederbelebung. Die Diskussion um eine Finanztransaktionssteuer wäre beendet.

Die Gegenfinanzierung der Reformvorschläge solle nach den Vorstellungen der Fraktion der AfD im Bundestag durch Einsparungen in den Bereichen Migration, Ausländer und Auslandsfinanzierungen sowie im Klimaschutz von jährlich insgesamt 135 Milliarden Euro erfolgen.[107] Steuerpolitisch ist das Gesamtziel der AfD ein „schlanker Staat“.[108] Die AfD in Sachsen-Anhalt möchte darüber hinaus die Grunderwerbsteuer halbieren und die Biersteuer streichen.[109]

Die AfD will Steuern abschaffen oder reduzieren, die bisher vor allem vermögendere Menschen zahlen. Damit würden sich Ungleichheiten verstärken. Die meisten Wähler der AfD würden von den hier genannten Forderungen nicht profitieren.

Diakonie: Erbschafts- und Vermögenssteuern bedeuten nicht per se, dass mittlere Einkommen über Gebühr belastet oder etwa Eigenheimbesitzer enteignet würden. Die AfD betreibt hier Klientelpolitik durch das gezielte Schüren von Ängsten,

zum Beispiel vor dem Verlust des Eigenheims.

Erbschafts- und Vermögenssteuern sind wichtig für ein Steuersystem, in dem starke Schultern mehr tragen als schwache. Für Vermögen, das durch Schenkung oder Erbschaft erlangt wurde, hat eine Person nicht selbst gearbeitet. Das Vererben von Betriebsvermögen, zum Beispiel bei Handwerksbetrieben und in der Landwirtschaft, muss aber so gestaltet sein, dass die Fortführung der Betriebe nicht gefährdet wird. Heute wird zudem Einkommen aus Erwerbsarbeit höher besteuert als Einkommen aus Vermögen. Dies ist auch ein Aspekt, der dazu führt, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht.

Durch die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf den Handel mit Wertpapieren wie Aktien und Derivaten könnten zusätzliche Einnahmen für notwendige Investitionen in bauliche, digitale und soziale Infrastruktur oder die notwendige ökologische Transformation generiert werden.

Suchen Sie sich im Gespräch Verbündete. Sprechen Sie diejenigen in der Runde an, die noch nichts gesagt haben.

Klima- und Umweltschutz

Die AfD behauptet, der Klimawandel existiere nicht und Kohlendioxid-Emissionen seien gut für die Umwelt: „Das Spurengas CO^2 ist als Voraussetzung für alles Leben unverzichtbar. Der Anstieg der Konzentration von CO^2 in der Atmosphäre hat in den letzten Jahrzehnten zu einem Ergrünen der Erde beigetragen."[110] Energiegewinnung aus nachhaltigen Quellen lehnt die AfD als unnötig ab.

Die AfD lehnt den Green Deal der EU sowie jegliche weiteren „Formen von Planwirtschaft" ab und will das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ersatzlos streichen.[111] Statt also in erneuerbare Energien zu investieren, will die AfD weiter auf Kern-, Gas- und Kohlekraftwerke setzen.[112]

Die sachsen-anhaltische AfD verlangt auch energiepolitisch eine „Kehrtwende um 180 Grad" und konkretisiert dies anhand vieler Beispiele: So soll die Landesenergieagentur abgeschafft werden, das sogenannte Akzeptanzgesetz, welches Kommunen bei der Nutzung erneuerbarer Energien unterstützt, ebenfalls. Das Wärmeplanungs- und Gebäudeenergiegesetz würde gestrichen, die Förderung von Wärmepumpen beendet. Der Windkraftausbau würde ebenso gestoppt wie Solarparks in „deutschen Kulturlandschaften" verhindert würden. Grüne Wasserstofftechnologie und der Auf- und Ausbau eines

Wasserstoffnetzes hätten in Sachsen-Anhalt keine Chance mehr. Der Kohlestandort Sachsen-Anhalt erführe eine neue Blüte und die Kernenergie würde wieder eingeführt. Und natürlich will die AfD die Spritpreise senken. Das Pariser Klimaabkommen soll aufgekündigt und das Bundesklimagesetz abgeschafft werden. Der europäische Emissionshandel soll beendet werden. Ganz allgemein will die AfD die „klimareligiöse Verbotskultur“ bekämpfen. Und auch in diesem Kapitel wird die Migrationsfrage gestellt. So findet laut AfD keine Migration aus Klimagründen statt, sondern es handele sich „größtenteils um Versorgungsmigranten, die an den Segnungen des deutschen Sozialstaats, dem „deutschen Sozialstaatsparadies“ teilhaben möchten“.[113]

Die Diakonie erkennt den von Menschen gemachten Klimawandel an. Die Bewahrung der Schöpfung ist ein biblischer Auftrag und daher sind alle Maßnahmen, die der Erhaltung einer lebenswerten und lebensfördernden Umwelt dienen, wichtig und notwendig.

Die Diakonie setzt sich für eine sozial ausgewogene und Teilhabe fördernde ökologische Transformation aller Lebensbereiche ein.

Der von Menschen verursachte Klimawandel ist nach heutiger Forschungslage unbestritten. 97 Prozent aller Klimaforscherinnen und Klimaforscher sind der Auffassung, dass sich durch menschliches Handeln das Klima erwärmt, mit unabsehbaren Folgen für Menschen, Tiere und Pflanzen.

In Sachsen-Anhalt ist der Kohleausstieg seit langem beschlossen, die Kohleregionen in den südlichen Landesteilen befinden sich längst in der wirtschaftlichen und sozialen Transformation. Für die ebenfalls im Süden des Landes angesiedelte chemische Industrie ist die Umstellung auf grünen Wasserstoff langfristig essenziell. Technologisch und industriepolitisch wäre deshalb die „Kehrtwende“ der AfD für Sachsen-Anhalts Wirtschaft eine Rolle rückwärts. Die umwelt- und klimaschädlichen Folgen wären kaum zu beziffern. Russische Energielieferungen zum jetzigen Zeitpunkt wiederzubeleben und damit den Aggressor im brutalsten Krieg in Europa (Ukraine-Krieg) seit 1945 zu unterstützen, ist aus energiepolitischen aber auch aus ethischen Gründen bedenklich.

Wer den Klimawandel und seine Folgen anerkennt, muss die Ausrichtung der Wirtschaft verändern. Dieser Prozess kann nur in einem gemeinsamen gesellschaftlichen Kraftakt gelingen. Wer den Strukturwandel jetzt nicht gestaltet, der wird in einigen Jahren keine Möglichkeit mehr dazu haben. An dieser Gestaltung hat die AfD kein Interesse, sie ist keine Partei für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der betroffenen Wirtschaftszweige. Die „einfachen, arbeitenden Menschen“, die bei der AfD häufig erwähnt werden, kommen durch diese Verweigerungshaltung in existenzielle Bedrängnis.

Quellen, Fundstellen

1 unter anderem 2. Mose 22,20-26.

2 siehe Lukas 5,17ff.; 9,37ff.; 10,25ff.; 18,35ff.; 19,1ff.

3 www.diw.de/de/diw_01.c.879742.de/publikationen/diw_aktuell/2023_0088/das_afd-paradox__die_hauptleidtragenden_der_afd-politik_waeren_ihre_eigenen_waehler_innen.html

4 Verfassungsschutzbericht 2022, Freistaat Thüringen, S. 17 (verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/VSB_2022_Pressefassung.pdf).

5 correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/

6 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 27, Zeile 542.

7 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 27, Zeile 551.

8 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 27, Zeile 550. Siehe auch: https://www.youtube.com/watch?v=DeXtLd-cT2M

9 https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2025/09/10/geheimplan-potsdam-remigration-staatsbuerger-teilnehmer-erik-ahrens/; Ein früherer AfD-naher Influencer (Erik Ahrens) bestätigte später in einer eidesstattlichen Versicherung, dass Pläne zur weitgehenden „Remigration“ auf dem Treffen besprochen wurden.; Der Begriff geht auf Renauld Camus zurück und bedeutet „Großer Austausch“. Insbesondere beinhaltet er die strukturelle Substitution der „autochthonen“ Bevölkerung Europas durch Zuwanderer aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten, gegen die vorgegangen werden müsse.

10 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 28, Zeile 633. In Anträgen im Parlament werden Asylbewerber häufig als „Asylforderer“ bezeichnet, Bsp.: Änderungsantrag der AfD-Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2025/2026, Titel 526 61.

11 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 41, Zeile 1119-1124.

12 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 78, Zeile 2675. Eine Verzehnfachung der Haftplätze von 30 auf 300 Plätze ist geplant.

13 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 39, Zeile 1052-1056.

14 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 40, Zeile 1091-1094

15 Ebenda, S. 40-41, Zeile 1089-1124.

16 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 28, Zeile 594.
17 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 31, Zeile 739.
18 Ebenda, S. 123, Zeile 4513-4521.
19 Ebenda, S. 119, Zeile 4331-4333.
20 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 28, Zeile 613.
21 Ebenda Zeile 616.
22 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 34, Zeile 835.
23 Änderungsantrag AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 684 08.
24 Änderungsantrag AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 633 07.
25 Änderungsantrag AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 633 65, und Titel 684 65.
26 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 684 02.
27 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 532 61.
28 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 532 61.
29 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 684 01.
30 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 883 12 und Titel 883 08.
31 Programm der AfD Anhalt-Bitterfeld zur Kommunalwahl 2024. S. 15.
32 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 34, Zeile 850.
33 https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/asylzahlen-gesunken-104.html
34 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 35, Zeile 880-888.
35 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 35, Zeile 870-874.
36 Rede Alice Weidel im Deutschen Bundestag: https://www.youtube.com/watch?v=wKPGuOCZAJU
37 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 36, Zeile 917-922.
38 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 36, Zeile 924-926.
39 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 36, Zeile 932-936.
40 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S, 36-37, Zeile 940-949.
41 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. S. 34, Zeile 854-860.

42 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 10.
43 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 19.
44 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 17.
45 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 18.
46 Europawahlprogramm der AfD 2024, S. 19-22.
47 https://afd-lsa.de/mercosur-mehrheit-im-rat-bausemer-fordert-ablehnung-im-parlament-zum-schutz-der-europaeischen-landwirtschaft/
48 www.phoenix.de/thueringens-afd-landesvor-a-3209401.html
49 https://www.iwkoeln.de/presse/pressemitteilungen/hubertus-bardt-lennart-bolwin-berthold-busch-juergen-matthes-dexit-wuerde-690-milliarden-euro-kosten.html, ohne den Euro würde die neue Währung zudem sofort massiv aufwerten und deutsche Exportgüter auf den Weltmärkten schlagartig verteuern.
50 Der Präsident des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle, Reint Gropp, warnt vor wirtschaftlichen Konsequenzen nach einem möglichen Sieg der AfD bei der Landtagswahl Sachsen-Anhalt: https://www.deutschlandfunk.de/ihw-praesident-gropp-fuerchtet-negative-folgen-fuer-die-wirtschaft-im-fall-eines-afd-wahlsiegs-100.html, Ebenso Michael Hüther vom IW in Köln: https://www.fr.de/wirtschaft/haette-weitreichende-negative-folgen-experte-warnt-vor-afd-zr-94148799.html?utm_term=Autofeed&utm_campaign=fr&utm_medium=Social&utm_source=Facebook#google_vignette
51 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 56, Zeile 1751.
52 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 55, Zeile 1726-1727.
53 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 22, Zeile 345.
54 https://www.instagram.com/reel/DNuryouwqYw/
55 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 64, Zeile 2076-2077. Die Schulpflicht galt vor 1919 nur in Preußen und einigen anderen Landesteilen.
56 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2025/26, Titel 685 02.
57 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2025/26, Titel 526 02.
58 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 65, Zeile 2141-2145.
59 Ebenda S. 65, Zeile 2142-2143.

60 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 59, Zeile 1888-1989.
61 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 59. Zeile 1897.
62 Ebenda Zeile 1898.
63 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 66, Zeile 2172- 2179.
64 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 49, Zeile 1447-1464. Siehe auch: Änderungsanträge der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2025/ 26, Kapitel 0704, Titel 422 01, 428 01, 511 01, 514 01, 517 01, 518 01 und folgende.
65 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2025/26, Titel 686 02.
66 AfD-Fraktion im Stadtrat Bitterfeld-Wolfen: Leitfaden zum Umgang mit dem Bundesprogramm Demokratie Leben, Bitterfeld-Wolfen, Februar 2026.
67 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 58, 59, Zeile 1850-1862.
68 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 50, Zeile 1519-1521.
69 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 57, Zeile 1791. Siehe auch „Beendigung Inklusion“ ebd. S. 63, Zeile 2031.
70 https://www.morgenpost.de/politik/article239161367/hoecke-sommerinterview-inklusion-kritik-befuerworter.html
71 https://www.insuedthueringen.de/inhalt.thueringen-hoff-kuendigt-unterrichts-garantie-fuer-thueringen-an.b5cf4e36-d323-4dd2-a47f-63a369b927f3.html
72 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 148, Zeile 5498-5502.
73 Ebenda S. 150-151, Zeile 5594-5687.
74 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 150-154.
75 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 148, Zeile 5506.
76 Vergleiche ebenda S. 18, Zeile 196.
77 Ebenda S. 152, Zeile 5693.
78 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 91, Zeile 3181-3184.
79 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 124, Zeile 4547-4555; siehe auch: Ebenda S. 137, Zeile 5067-5074.
80 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 24, Zeile 437-441. Schon 2023 hatte die AfD die Kampagne und den Stolz-Pass im Parlament vorgestellt.
81 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 45, Zeile 1302-1306.
82 Ebenda, S. 100, Zeile 3537-3529.
83 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 53, Zeile 1637-1638.
84 Ebenda, 2026, S. 53-54, Zeile 1644-1654

85 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 54, Zeile 1667-1670.
86 Evangelischer Pressedienst (EPD) vom 17.02.2016.
87 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 18, Zeile 175-176.
88 Ebenda, 2026, S. 18-20, Zeile 213-292.
89 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 23, Zeile 391.
90 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 26, Zeile 489-517.
91 Ebenda, 2026, S. 124, Zeile 4537-4539.
92 Änderungsantrag der AfD Fraktion im Landtag zum Haushaltsgesetz 2025/26, Titel 684 02. Siehe auch: Änderungsantrag der AfD Fraktion zum Haushaltsgesetz 2023, Titel 684 02.
93 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 23.
94 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 6.1, S. 41.
95 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 104.
96 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 6.3.
97 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 8.3, S. 55; Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 154.
98 Björn Höcke am 3. Oktober 2022 in Gera, von ihm „Tag der Deutschen Freiheit“ benannt.

99 Nicole Höchst 2018, Rede im Bundestag am 1. März 2018.
100 Änderungsantrag AfD-Fraktion im Thüringer Landtag vom 22.11.23 zur Umsetzung von Maßnahmen der Istanbul-Konvention, 0808/68470-0300.
101 1. Mose 1,27.
102 Antrag der AfD-Fraktion im Landtag Sachsen-Anhalt, Drucksache 8/ 4891 vom 10.12.2026. Siehe auch der Antrag im Bundestag, Drucksache 20/ 8875, 5a, S. 3 vom 17.10.2023.

103 https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/angst-sozialer-abstieg-loehne-vermoegen-100.html

104 https://www.dgb.de/gerechtigkeit/demokratie/afd-der-feind-der-beschaeftigten/#c19520
105 Gutachten zu Reformvorschlägen der Parteien zur Bundestagswahl 2025: Finanzielle Auswirkungen, ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim vom 17.01.2025, S. 54-55.
106 Antrag der AfD-Bundestagsfraktion zur Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages, Drucksache 21/ 1598 vom 10.09.2025. Siehe auch: Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 36.

107 Ebenda, S. 7.
108 Grundsatzprogramm der AfD 2016, 1.2, S. 9.
109 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 144, Zeile 5358-5364.
110 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 174.
111 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 176.
112 Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, S. 178.
113 Entwurf Regierungsprogramm AfD Sachsen-Anhalt, 2026, S. 102-113, Zeile 3651-4101.

KONTAKTE

DIAKONIE MITTELDEUTSCHLAND

Steffen Mikolajczyk
Referent Grundsatzfragen Sozialpolitik/ Sozialplanung
Telefon (0345) 12299-321
E-Mail: mikolajczyk@diakonie-ekm.de

Frieder Weigmann
Pressesprecher
Telefon (0345) 12299-140
Mobil (0172) 377 80 93
E-Mail: presse@diakonie-ekm.de

Projekt **Demokratie gewinnt! In Sachsen-Anhalt und Thüringen**
Diakonie Mitteldeutschland
E-Mail: demokratie-gewinnt@diakonie-ekm.de

Herausgeber: Diakonisches Werk Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland e. V., Der Vorstand,
Merseburger Straße 44, 06110 Halle (Saale), www.diakonie-mitteldeutschland.de

Mitherausgeber: Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), www.ekmd.de

Redaktion: Tristan Fürstenau, Steffen Mikolajczyk,
OKR Christoph Stolte, Frieder Weigmann (V.i.s.d.P.)
Gestaltung: Frieder Weigmann
Druck:
Halle (Saale), April 2026